

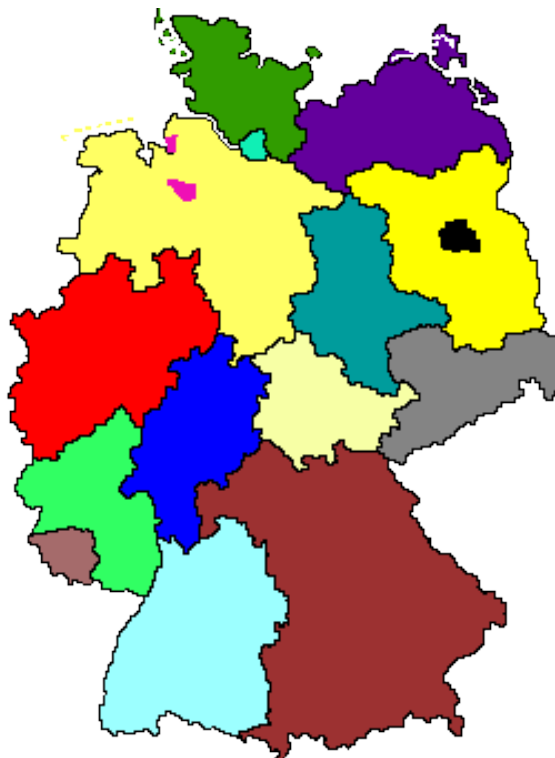


Besoldung und Versorgung im Überblick

Auswirkungen der Föderalismusreform I

Wesentliche besoldungs- und versorgungsrechtliche Entwicklungen

hier: Überblick über den Stand der Einkommensrunde 2013/2014 für die Beamtinnen, Beamte, Richterinnen und Richter der Länder, der Gemeinden, der Gemeindeverbände sowie der sonstigen der Aufsicht eines Landes unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts



Beschluss des Gewerkschaftstages des dbb 2012







Ein leistungs- und konkurrenzfähiger öffentlicher Dienst ist unverzichtbarer Bestandteil und Garant eines funktionierenden Staates. Nur mit geeignetem, hoch qualifiziertem und motiviertem Personal können seine vielfältigen anspruchsvollen Aufgaben für das Gemeinwesen erbracht werden. In den vergangenen zwei Jahrzehnten sank bereits durch Privatisierungen, Wechsel in den Ruhestand und pauschale Stellenkürzungen die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst drastisch. Dieser Abbau wird sich in den nächsten Jahren durch das weitere altersbedingte Ausscheiden hunderttausender Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst fortsetzen.







Die Föderalismusreform I ab September 2006 hat nicht zu einer Verbesserung der Besoldungs- und Versorgungsbedingungen geführt. Vielmehr kam es zu einer deutlichen Auseinanderentwicklung der Gesetzgebung mit der Folge erheblicher Besoldungs- und Versorgungsdifferenzen zwischen den Dienstherren. So bestehen bereits im Jahr 2012 Differenzen von bis zu 15 Prozent allein im Grundgehalt bei gleichem abstrakt funktionalem und konkret individuellem Amt, die durch Zugriffe und mangelnde Anpassungen bei der Besoldung entstanden sind. Das ist nicht akzeptabel. Der dbb beamtenbund und tarifunion erwartet, dass Bund, Länder und Kommunen ein einheitliches Besoldungsniveau bei gleicher Funktion, gleicher Leistung und gleicher Erfahrung umsetzen.





Konnten im Versorgungsrecht wegen des gleichartigen Sicherungszwecks und den verfassungsrechtlichen Anforderungen noch übereinstimmende Grundstrukturen erhalten werden, wurden im Besoldungsbereich aus ehemals knapp 100 Paragraphen des Bundesbesoldungsgesetzes (alt) inzwischen über 1 800 Festlegungen in Bund und Ländern. Dies ist im Sinne der Gerechtigkeit bei der Ausgestaltung der Beamtendienstverhältnisse und zur Aufrechterhaltung einer benötigten bundesweiten Mobilität kontraproduktiv.

Deshalb fordert der dbb die Gesetzgeber in Bund und Ländern auf, bei der Gestaltung des Besoldungs- und Versorgungs- aber auch des Beihilferechts die notwendige Grundeinheitlichkeit mit Mindeststandards zu beachten und zu gewährleisten. Die Erfahrungen mit diesen zentrifugalen Entwicklungen sollten die Politik zwingen, die Richtigkeit der föderalen Zergliederung zu hinterfragen. Eine attraktive Besoldung ebenso wie eine zukunftsfähige Versorgung in Bund, Ländern und Gemeinden sind notwendig, damit der öffentliche Dienst flächendeckend und dienstherrn- und fachübergreifend auch zukünftig bestens geeignetes, hoch qualifiziertes und motiviertes Personal für sich gewinnen und an sich binden kann. Nur dann bleibt es ihm vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden demographischen Rahmenbedingungen möglich, die an ihn gestellten Herausforderungen zu erfüllen.

Unabdingbare Voraussetzung dafür ist, dass alle Beamten, Soldaten und Richter in Bund, Ländern und Gemeinden an der finanziellen und wirtschaftlichen Entwicklung in Form von vergleichbaren Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzen teilhaben. Nur so können Dienstherren dauerhaft in Konkurrenz zur Privatwirtschaft um die besten Kräfte bestehen.

Länder	volle Übernahme	Übernahme mit Abstrichen
Baden-Württemberg 		<p>Entwurf eines Gesetzes über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Baden-Württemberg 2013/2014 (BVAnpGBW 2013/2014) vom 17.04.2013</p> <p><u>Beamte der BesGr. A 5 bis A 9:</u> Linearanpassung von 2,45 % ab 1. Juli 2013 Linearanpassung von 2,75 % ab 1. Juli 2014</p> <p><u>Beamte der BesGr. A 10 und A 11:</u> Linearanpassung von 2,45 % ab 1. Oktober 2013 Linearanpassung von 2,75 % ab 1. Oktober 2014</p> <p><u>Beamte der BesGr. A 12 und höher:</u> Linearanpassung von 2,45 % ab 1. Januar 2014 Linearanpassung von 2,75 % ab 1. Januar 2015</p> <p>Abschlagsauszahlungen für den Monat Juli 2013 vorgesehen.</p>
Bayern 	<p>Gesetzentwurf der Bayerischen Staatsregierung Gesetz zur Anpassung der Bezüge 2013/2014</p> <p>Linearanpassung von 2,65 % ab 1. Januar 2013 Linearanpassung von 2,95 % ab 1. Januar 2014</p>	
Berlin 		<p>Gesetz zur Anpassung der Besoldung und Versorgung für Berlin 2012/2013 (BerIBVAnpG 2012/2013) vom 21.09.2012 GVBl. 24,</p> <p>Linearanpassung von 2 % ab 1. August 2012 Linearanpassung von 2 % ab 1. August 2013</p> <p>Außerhalb der Einkommensrunde ausschließlich zum Abbau des Einkommensrückstandes im Land Berlin</p>
Brandenburg 		
Bremen 		<p>Vorschlag des Senats vom 23.04.2013</p> <p><u>Beamte der BesGr. A 5 bis A 10:</u> Linearanpassung von 2,65 % ab 1. Juli 2013 Linearanpassung von 2,95 % ab 1. Juli 2014</p> <p><u>Beamte der BesGr. A 11 und A12:</u> Linearanpassung von 1 % ab 1. Juli 2013 Linearanpassung von 1 % ab 1. Juli 2014</p> <p><u>Beamte der BesGr. A 13 und höher:</u> Nullrunde</p>
Hamburg 	<p>Gesetzentwurf in Bearbeitung</p> <p>Das Tarifergebnis wird eins zu eins auf die Beamten übertragen.</p>	

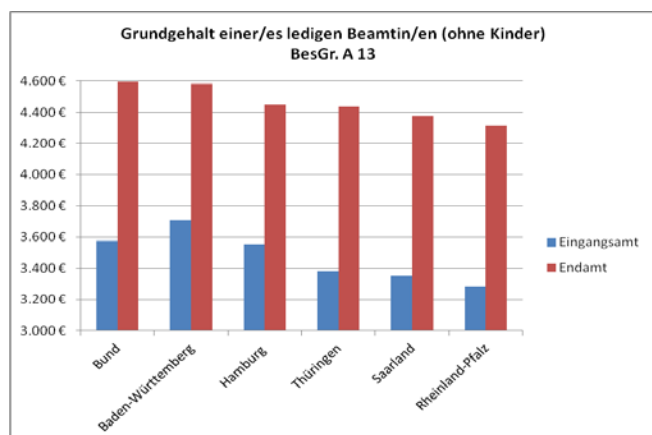
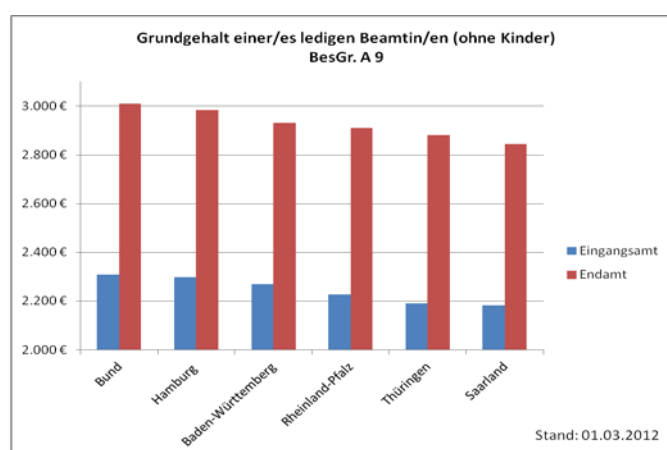
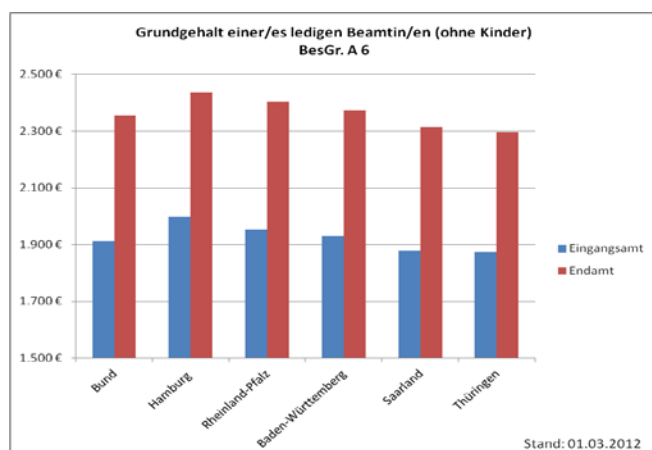
Länder	volle Übernahme	Übernahme mit Abstrichen
Hessen 		Eigener Tarifabschluss am 16.04.2013 Lineare Erhöhungen von jeweils 2,8 Prozent ab 1.7.2013 bzw. 1.4.2014 mit einer Laufzeit bis mindestens zum 31.12.2014. Für die „Leermonate: Gewährung einer Einmalzahlungen von 450 € und 225 € Ankündigung der schwarz-gelben Koalition am 23.04.2013: Linearanpassung von 2,8 % ab 1. Juli 2013 Linearanpassung von 2,8 % ab 1. April 2014 Voraussichtlich wird jedoch die Versorgungsrücklage von jeweils 0,2 % noch in Abzug gebracht.
Mecklenburg-Vorpommern 		Linearanpassung von 2 % ab 1. Juli 2013 zzgl. eines Sockelbetrags in Höhe von 25,- € Linearanpassung von 2 % ab 1. Januar 2014 und ab 1. Januar 2015; Von allen Linearanpassungen ist bereits die 0,2%ige Beteiligung zur Versorgungsrücklage abgezogen.
Niedersachsen 	Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über die Anpassung der Besoldung und der Versorgungsbezüge im Jahr 2013 (Niedersächsisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013 - NBVAnpG 2013) Drucksache 17/75 vom 09.04.2013 Linearanpassung von 2,65 % ab 1. Januar 2013.	
Nordrhein-Westfalen 		Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen <u>Beamte der BesGr. A 2 bis A 10:</u> Linearanpassung von 2,65 % ab 1. Januar 2013 Linearanpassung von 2,95 % ab 1. Januar 2014 <u>Beamte der BesGr. A 11 und A 12:</u> Linearanpassung von 1 % ab 1. Januar 2013 Linearanpassung von 1 % ab 1. Januar 2014 <u>Beamte der BesGr. A 13 und höher:</u> Nullrunde
Rheinland-Pfalz 		Beschluss des Landtages vom 11.03.2013: Die Beamtenbezüge werden weiterhin bis 2016 nur um ein Prozent pro Jahr erhöhen.
Saarland 		Beratung über Übernahme soll im Landtag erst im Juni 2013 erfolgen

Länder	volle Übernahme	Übernahme mit Abstrichen
Sachsen 		
Sachsen-Anhalt 		<p>Entwurf eines Landesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2013/2014 (LBVAnpG 2013/2014) vom 16.04.2013 Drucksache 6/1994</p> <p>Linearanpassung von 2,65 % ab 1.07.2013 Linearanpassung von 2,95 % ab 1.07.2014</p>
Schleswig-Holstein 		<p>Vorschlag der Landesregierung vom 20./21.03.2013:</p> <p><u>Beamte der BesGr. A 2 bis A 13:</u> Linearanpassung von 2,65 % ab 1. Juli 2013 Linearanpassung von 2,95 % ab 1. Januar 2015</p> <p><u>Beamte ab der BesGr. A 14 und höher:</u> Linearanpassung von 1,5 % ab 1 Juli 2013 Linearanpassung von 1,5 % ab 1. Januar 2015</p> <p><u>Anschließend alle BesGr.:</u> Linearanpassung von 1,5 % ab 1. Juli 2016</p> <p><u>Anschließend alle BesGr.</u> Linearanpassung von 1,5 % ab 1. Juli 2017 bis zum 30. Juni 2018.</p> <p><u>Beamte bis zur Besoldungsstufe A 11:</u> Einmalzahlungen von 300 € zum 1. Mai 2013, zum 1. März 2016 und von 600 € zum 1. Juli 2016</p> <p>Bei allen Linearanpassungen ist die Versorgungsrücklage mit 0,2 % in Abzug zu bringen.</p>
Thüringen 		<p>Beschluss der Landesregierung vom 16.04.2013:</p> <p>Linearanpassung von 2,65 % ab 1. Oktober 2013 Linearanpassung von 2,95 % ab 1. August 2014.</p> <p>Bei allen Linearanpassungen ist die Versorgungsrücklage mit 0,2 % in Abzug zu bringen.</p>

Besoldungsdifferenzen zwischen Bund und Ländern anhand der Grundbesoldung, in denen eine Integration der Sonderzahlung hat stattgefunden hat

Verglichen wurde das Grundgehalt eines Beamten, ledig, ohne Kinder, Amts- und Stellenzulagen der Besoldungsgruppe A 6, A 9 und A 13 im Bereich der Eingangs- und des Endstufe zum 1. März 2012.

Bund/Land	Besoldungsgruppe					
	Eingangsamt A 6	Endamt A 6	Eingangsamt A 9	Endamt A 9	Eingangsamt A 13	Endamt A 13
Bund	1.911,11	2.354,64	2.307,56	3.009,46	3.573,27	4.594,21
Baden-Württemberg	1.930,18	2.436,13	2.270,39	2.982,97	3.710,52	4.582,71
Hamburg	1.997,72	2.371,34	2.298,69	2.911,64	3.551,58	4.435,12
Rheinland-Pfalz	1.953,19	2.404,28	2.228,18	2.932,72	3.281,79	4.450,63
Saarland	1.878,79	2.296,98	2.181,20	2.843,75	3.351,31	4.314,34
Thüringen	1.873,44	2.313,81	2.189,02	2.881,08	3.382,47	4.374,59



Besoldungsdifferenzen zwischen den Ländern anhand der Grundbesoldung, in denen keine Integration der Sonderzahlung

Verglichen wurde das Grundgehalt eines Beamten, ledig, ohne Kinder, Amts- und Stellenzulagen der Besoldungsgruppe A 6, A 9 und A 13 im Bereich der Eingangs- und des Endstufe zum 1. Dezember 2012.

Land	Besoldungsgruppe					
	Eingangsamt A 6	Endamt A 6	Eingangsamt A 9	Endamt A 9	Eingangsamt A 13	Endamt A 13
Bayern (01.11.2012)	1.932,19	2.365,84	2.188,09	2.874,00	3.574,36	4.413,96
Berlin (01.08.2012)	1.712,58	2.128,74	2.023,68	2.685,66	3.192,60	4.151,40
Brandenburg (01.01.2012)	1.812,56	2.239,21	2.135,28	2.811,21	3.191,10	4.328,73
Bremen (01.04./01.10.2012)	1.837,04	2.269,55	2.164,21	2.849,46	3.234,59	4.387,91
Hessen (01.10.2012)	1.812,58	2.248,50	2.142,32	2.832,96	3.221,12	4.383,48
Mecklenburg-Vorpommern (01.01.2012)	1.837,04	2.269,55	2.164,21	2.849,46	3.234,59	4.387,91
Niedersachsen (01.01.2012)	1.838,78	2.271,72	2.166,26	2.852,18	3.237,69	4.392,14
Nordrhein-Westfalen (01.01.2012)	1.837,04	2.269,55	2.164,21	2.849,46	3.234,59	4.387,91
Sachsen (01.01.2012)	1.858,59	2.291,11	2.185,76	2.871,03	3.256,17	4.409,47
Sachsen-Anhalt (01.01.2012)	1.858,59	2.291,11	2.185,76	2.871,03	3.413,43	4.409,47
Schleswig-Holstein (01.01.2012)	1.854,97	2.286,65	2.181,50	2.865,42	3.249,81	4.400,85

